

Vortrag „Armut – politisch gewollt?!“

Monika M., alleinerziehend mit einem Sohn, erhält als teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft 554 Euro Netto-Lohn im Monat. Mit der Unterhaltszahlung von 300 Euro für ihren Sohn und Kindergeld von 194 Euro stehen ihr und ihrem Sohn also 1048 Euro zur Verfügung. Zieht man die Warm-Miete von 485 Euro ab, dann bleiben für den gesamten Lebensunterhalt für Mutter und Sohn 563 Euro übrig. Monika M. sagt, „das Geld reicht hinten und vorne nicht, ich muss beim Jobcenter aufstocken.“

Herbert K. geht morgens um vier Uhr Zeitungen austragen, nach einer kurzen Pause zu Hause fängt sein nächster Job bei der BW Post an. Er sagt: „So lange ich gesund bin, schaff ich das.“

Elisabeth W. ist langzeitarbeitslos sie bezieht Arbeitslosengeld II, das sind 416 Euro für den Lebensunterhalt. Elisabeth W. ist wütend: „diejenigen die Hartz IV verbrochen haben, sollen mal mit dem Geld auskommen, und nicht nur 2 bis 3 Monate, sondern über Jahre. Und wenn ich Rente bekomme ändert sich nichts, dann kommt die Grundsicherung im Alter“.

Hanna B., gelernte Industriekauffrau. Jahrelang immer wieder Jobs über Zeitarbeit, immer wieder in der Spirale Arbeit, Erwerbslosigkeit und ALG II. Sie sagt: „Ich möchte Arbeit, von der ich leben kann und wegkomme vom Jobcenter.“

Vier Menschen (Namen geändert, die Personen aber real, sie leben im reichen Bundesland Baden-Württemberg, in Stuttgart und Umgebung) . Sie leben in unterschiedlichen Lebenslagen, was sie gemeinsam haben: Sie leben unter der statistischen Armutsschwelle. Dieses Schicksal teilen sie mit 13,4 Millionen Menschen deutschlandweit.

Armut wird gemessen.

In Europa und damit auch in Deutschland ist mit dem Armutsbegriff keine absolute, sondern eine relative Armut gemeint. Man geht davon aus, dass für arme Menschen hierzulande in der Regel noch ihre Grundbedürfnisse gewährleistet sind, aber sie leiden zum einen an einer chronischen Mittellosigkeit (Mangel an Ressourcen) und zum anderen am gesellschaftlichen Ungleichgewicht und einer entsprechenden Ausgrenzung. Als *Armutgefährdet* gelten nach EU-Definition Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung auskommen müssen.

Die Armutgefährdungsgrenze lag 2016 in Deutschland für eine alleinlebende Person bei 1 064 Euro netto im Monat. Anhaltspunkt für einen aktuelleren Wert kann die Pfändungsfreigrenze von 1 333 Euro sein.

Absolute oder extreme Armut bezeichnet nach Auskunft der Weltbank eine Armut, bei der die Menschen etwa 1,90 US Dollar pro Tag zur Verfügung haben. Auf der Welt gibt es 1,2 Milliarden Menschen, die davon betroffen sind. Es ist zynisch, dass ausgerechnet die Weltbank extreme Armut definiert. „Sie unterstützt gigantische Staudämme, Goldminen und Pipelines. Sie verlangt von armen Ländern die

Kommerzialisierung von Land und Wasser sowie die Öffnung von Agrarmärkten für Billigimporte. Statt Armut zu bekämpfen nimmt sie gravierende Verletzungen von

Menschenrechten in Kauf.“ (aus „*Entwicklungspolitik online epo-Nichtregierungsorganisationen üben massive Kritik an der Weltbank*“)

Jean Ziegler, der bis 2008 Sonderberichterstatteur der UNO für das Recht auf Nahrung schreibt in seinem Buch „*Ändere die Welt*“: „Das durch Unterernährung und Hunger verursachte Massaker an Millionen Menschen ist ein skandalöser Ausdruck des Kampfs der Reichen gegen die Armen, ... durch nichts zu rechtfertigen und durch keine Politik zu legitimieren. Es ist ein unzählige Male wiederholtes Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Die Grenzen zwischen relativer Armut und extremer Armut verschwimmen. Schaut man sich in Europa um, z.B. in Griechenland, wo viele Menschen durch die Knebelung durch den IWF, die EZB und die EU sich höchstens eine warme Mahlzeit pro Woche oder keinerlei Gesundheitsversorgung leisten können.

Oder Menschen aus osteuropäischen Ländern, die die Armut nach Deutschland treibt, als Bettler aus den noblen Shopping-Centren vertrieben um schließlich wieder in die Armut zurückgeschickt zu werden.

Oder Flüchtlingsfamilien, oft traumatisiert, die beengt in Sammelunterkünften leben mit der ständigen Angst, abgeschoben zu werden.

Oder was ist mit den Obdachlosen, in Stuttgart leben ca. 1000 Menschen ohne Dach über dem Kopf, oder den alten Menschen, die verschämt in Mülleimern nach Leergut suchen. Oder was bedeutet das, wenn 330 000 Menschen bundesweit der Strom gesperrt wurde, weil sie die Rechnung nicht bezahlen konnten?

Auch wer Arbeit hat, ist nicht unbedingt vor Armut geschützt. In Deutschland verfügten rund 10 % der Erwerbstätigen trotz Arbeit nur über ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle.

Der Begriff der „relativen Armut“ wird von Politikern und Medien gerne missbraucht, um Armut in Deutschland klein zu reden oder anzuzweifeln. Also dass es keine „wirkliche Armut“ gibt, höchstens eine bestimmte Ungleichheit.

Das ifo Institut (*Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.v., 1949 gegründet*) ist eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Europa und der größte Stichwortgeber für die deutschen Medien. Das ifo erklärt: „In den Medien wird Armutsgefährdung häufig mit Armut gleichgesetzt. Dies ist jedoch sachlich nicht richtig. ..Das Einkommen von Personen, die lediglich armutsgefährdet aber nicht arm sind, liegt in der Regel über dem soziokulturellen Existenzminimum...Zahlen zur Armutsgefährdung reagieren, wie Zahlen zur relativen Armut, sehr stark auf Veränderung der Einkommen im mittleren Bereich. Steigen diese Einkommen, steigt in der Regel auch die Zahl der Armutsgefährdeten an, obwohl die Betroffenen keine Einkommenseinbußen hinnehmen müssen.“ (In einer Veröffentlichung der CESifo – Gruppe (3/2014)

Andrea Nahles (damals noch Arbeitsministerin) greift dieses Argument dankbar auf. In einem Interview in der Süddeutsche Zeitung am 27. März 2015 sagt zu: „die Annahme, wonach jeder, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur

Verfügung hat, arm ist.. dieser Ansatz führt leider schnell in die Irre. Angenommen, der Wohlstand in unserem Land würde explodieren, dann bleibt nach dieser Definition das Ausmaß an Armut gleich.“

Walter Krämer, Professor für Wirtschaft- und Sozialstatistik an der TU Dortmund hat eine ganz besondere Art, den Begriff Armut zu beschreiben:...“die Kluft zwischen arm und reich hat sich leicht vergrößert. Aber die Armen haben trotzdem heute mehr, und zwar erheblich mehr als vor zehn oder 20 Jahren. Das heißt, wenn man über Armut redet, muss man erst mal gucken: Geht es den Armen besser? Nicht, geht es den Reichen besser.

Wer diese 15 Prozent der Menschen, die weniger haben als 60 Prozent Durchschnitt, als arm interpretiert, ist jedem freigestellt. Das ist halt eine falsche Interpretation, das ist Unfug, ganz grober Unfug....Es wird einfach verwechselt das Phänomen der Ungleichheit – was übrigens auch sehr ärgerlich ist – mit dem der Armut. Wenn etwa Boris Becker mit seiner Yacht in Monte Carlo anlegt und neben ihm legt Bill Gates an, der hat eine dreimal so große Yacht, dann ist er unglücklich, besäuft sich. Er ist aber jetzt noch nicht arm, er ist nur nicht so reich wie sein Nachbar. Und das kriegen unsere Journalisten einfach seit Jahrzehnten nicht gebacken, diesen Unterschied zu kapieren zwischen Ungleichheit... und dem Phänomen der Armut. Das sind zwei ganz verschiedene Paar Schuhe.“ (*Interview im Deutschlandfunk 20.2.2015 Armut in Deutschland- 15 Prozent Arme – Reiner Unfug*)

Wenn wir von den eingangs aufgezählten Beispielen der alleinerziehenden Mutter oder des BWPPost Austrägers oder der Arbeitslosengeld II Bezieherinnen ausgehen, so läuft für sie der wissenschaftliche Diskurs über Armutsbegriffe ins Leere. Würde man sie fragen, dann könnten sie berichten.

Sie könnten berichten, wie weh es einer Mutter tut, wenn sie ihrem Kind ein Geburtstagsfest versagen muss.

Sie würden berichten, wie entwürdigend es ist, im Jobcenter einer ihnen völlig unbekanntem Mitarbeiterin ihr Leben auf dem Tisch aufzublättern („sich nackt ausziehen zu müssen“).

Sie würden berichten, dass sie vielleicht auch mal in Urlaub fahren möchten, um Neues zu erleben.

Sie könnten berichten, dass sie nur ungern zur Tafel gehen, aber eben gegen Ende des Monats einfach kein Geld mehr da ist.

Aber es fragt sie niemand. Es wird in Expertenrunden, in Fachkreisen, in Armutsberichten über **sie** geredet. Selten **mit ihnen** – und wenn doch, dann werden sie in der Regel als Opfer vorgeführt, schlimmstenfalls als Einzelschicksale, die aus persönlichen Gründen in die Armut gerutscht sind.

Sie möchten aber nicht als die von der Gesellschaft abgehängten Armen betrachtet werden, an die man an Weihnachten mit der Stuttgarter Zeitungs- Weihnachtsmann-Aktion oder einer siebenwöchigen Vesperkirche denkt. Das sind temporäre Hilfsangebote, die aber an der grundsätzlichen Situation nichts verändern.

Der reale Kampf mit den Jobcentern und die Organisierung des Alltags bestimmen das Leben von prekär Beschäftigten und Erwerbslosen.

(Wobei zur Richtigstellung: Erwerbslos sein bedeutet nicht, in der sozialen Hängematte zu liegen: Mitwirkungspflichten - vom JC auferlegt - bedeuten sinnlose

Bewerbungen und an wirkungslosen Maßnahmen teilnehmen, befristete Arbeit annehmen...)

Es ist auch nicht nachvollziehbar, wenn die Regelsätze als „ gerade noch ausreichend“ bezeichnet werden. (*Bundesverfassungsgerichts - Urteil vom 9. Februar 2010*)

Wovon soll die Zahnbehandlung oder eine neue Brille bezahlt werden? Dafür ist im Regelsatz kein Posten vorgesehen.

Hat man Kinder, dann will man sie genauso gesund ernähren wie die Kinder von besser Verdienenden. Wie soll das aber gehen, wenn für ein Kind zwischen 6 und 13 Jahren täglich 3,93 Euro zur Verfügung stehen? Dazu ein Experiment der Fernsehsendung Planet. „Ein Reporter des Magazins ließ sich von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) die Tagesration für eine 35-jährige Frau und ein zehnjähriges Kind zusammenstellen. Selbst in einem sehr günstigen Supermarkt bezahlte er 8,39 Euro, um die empfohlenen Lebensmittel einzukaufen. Würde man Bioprodukte bevorzugen käme man sogar auf mindestens zehn Euro, selbst wenn man diese ausschließlich im Discounter kauft . Da die Mutter Arbeitslosengeld II bezieht, stehen ihr und ihrem Kind aber nur gut sieben Euro pro Tag für Essen und Trinken zur Verfügung. Für eine ausgewogene Ernährung müsste sie also jeden Monat 40 Euro mehr ausgeben, als vom Staat vorgesehen.“ (*aus Service Portal gesunde Ernährung 2/2017*) In der Regel spart die Mutter an der eigenen Ernährung.

Auch dass Kinder wachsen wird in den Regelsätzen nicht berücksichtigt. Einem Kind zwischen 6 und 13 Jahre stehen im Monat 43,96 Euro für Kleidung und Schuhe zur Verfügung, davon sollen für Schuhe 14,03 Euro aufgewendet werden. In den *fachlichen Anweisungen der BA vom 22.1.2018* heißt es zu Regelung Kinderbekleidung im Wachstumsalter: - „Die Notwendigkeit, Kleidungsstücke wegen des Wachstums bzw. eines erhöhten Verschleißes in kurzen Zeitabständen zu ersetzen, gehört zum Regelbedarf eines Kindes. Die Aufwendungen hierfür sind in der kinderspezifischen Leistung enthalten.“

Angesichts der Probleme und Sorgen von armen Menschen, wundert es nicht, dass nur wenige die Kraft und den Mut haben, sich z.B. in Erwerbslosengruppen oder Initiativen zusammenzuschließen Die Möglichkeit, sich kollektiv zu wehren ist äußerst gering, allein an Geldmitteln fehlt es. Es gibt keine Lobby. Das Vertrauen in Parteien ist meist auf dem Nullpunkt, denn seit Jahren gibt es kontinuierlich Verschlechterungen.

Das Thema Armut wird zudem überlagert von den in den Medien gemeldeten Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt (höchster Niedrigstand seit Jahrzehnten) und einer boomenden Wirtschaft.

Tatsächlich hat sich die Arbeitslosigkeit seit 2005 fast halbiert, die Wirtschaft ist trotz Finanzkrise kräftig gewachsen, zugleich stieg aber die Armutsquote. (wie wir oben gesehen haben) Die Erklärung dafür ist hinreichend bekannt und durch Zahlen ausgewiesen. Selbst Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erklärt das vor allem mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt. „Zwar haben wir eine deutliche Abnahme der Arbeitslosigkeit, aber es

ist weiterhin so, dass wir im Arbeitsmarkt eine sehr hohe Ungleichheit haben.“
(*Tagesspiegel vom 29.8.2017 Trotz Wachstum steigt die Arbeitslosigkeit*)

Letzte Woche, am 20.4. titelte die Stuttgarter Zeitung: „Immer mehr Stuttgarter haben zwei Jobs gleichzeitig“. Teilzeitarbeit und Minijobs verzeichnen einen offensichtlichen Anstieg seit den neunziger Jahren bis 2017 (bei der Teilzeit von 10 Prozent auf 23 Prozent). Trotzdem fällt es der Stuttgarter Zeitung „schwer zu beantworten“ ob diese Mehrfachbeschäftigung sich durch „eine finanzielle Notwendigkeit begründet oder ob die Betroffenen ihr Einkommen durch Kombination von Haupt- und Minijob optimieren oder sich ein **Zubrot** verdienen wollen.“ Hier kann der Stuttgarter Zeitung bei der Beantwortung geholfen werden: in Deutschland stieg zwar die Beschäftigungsrate in den letzten Jahren stärker als im übrigen Europa. Wenn aber ein Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich arbeiten, dann heißt das, dass die atypischen Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, befristete Jobs, Teilzeit) stark zu genommen haben. Dann reicht eben ein Job nicht, um die Miete zu bezahlen oder überhaupt für den Lebensunterhalt.

Der Ausgangspunkt für diese Entwicklung – und daran zweifelt niemand – sind die unter der rot-grünen Regierung zwischen 2003 und 2005 eingeführten Hartz Gesetze. Für Wirtschaftsinstitute und Politiker, - und entsprechend für die Massenmedien - sind die so genannten Arbeitsmarktreformen ein großer Erfolg, ein Beweis für Deutschlands Aufstieg zum stärksten Wirtschafts- und Machtfaktor in Europa. Für die Millionen Menschen, die zum Opfer der Agenda 2010 geworden sind, hat ein sozialer Abstieg in bisher nicht bekanntem Ausmaß seit 1945 statt gefunden.

Besonders mit dem als Hartz IV bekannt gewordenen „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ wurde eine tiefgreifende Veränderung eingeführt: die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt, auf dem Niveau von Sozialhilfe.

Konkret bedeutet das: nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit mit 60 bzw. 64 % Arbeitslosengeld I erfolgt der Absturz in Hartz IV /ALG II mit dem aktuellen Regelsatz von 416 Euro (für einen Alleinstehenden) plus Übernahme einer angemessenen Warmmiete (Stuttgart 45 qm, 450 Euro).

Mit der Einführung von Hartz IV verloren mit einem Schlag eine Million bisherige Arbeitslosenhilfe-Empfänger ihren Anspruch auf 53 Prozent (bzw. 56 Prozent mit Kindern) ihres letzten Nettoeinkommens.

Inzwischen erhalten immer mehr Erwerbslose nie Arbeitslosengeld (I), sondern fallen gleich in Hartz IV. Ist man erst einmal in Hartz IV ist es schwer, wieder heraus zu kommen. Über die Hälfte der Leistungsberechtigten bleibt vier Jahre oder länger angewiesen auf das Arbeitslosengeld II.

Am 1. Januar 2005 trat Hartz IV in Kraft, trotz massiver Proteste aus den Reihen der Erwerbsloseninitiativen, von Gewerkschaftsmitgliedern und großen Teilen der Bevölkerung.. Unter der Vorgabe „Fördern und Fordern“ (wobei das Fordern im Vordergrund steht) war man nun verpflichtet, jeden Job anzunehmen, auch Minijobs oder 1 Euro Jobs und Leiharbeit.

Reguläre Arbeitsplätze haben die Jobcenter nicht im Angebot, der Stuttgarter JC Amtsleiter Peeß hat selber zugegeben, dass das JC nur Arbeitsplätze in Zeitarbeit

anbieten kann. Stattdessen gibt es jede Menge Maßnahmen, von denen von vorne herein klar ist, dass sie nicht in reguläre Arbeit führen.

Bei Ablehnung eines Arbeitsangebots oder wenn man z.B. zu wenig „Eigenbemühungen“ vorweist, drohen Sanktionen, Kürzung des Regelsatzes um 30 Prozent. (Bei Pflichtverstößen 10 Prozent). Jugendliche unter 25 Jahren können sogar bis auf Null gekürzt werden (einschließlich Unterkunftskosten)

Über 2 Millionen Kinder sind im Hartz IV System gefangen. Sie gehören der so genannten Bedarfsgemeinschaft an. Werden Eltern sanktioniert, so sind sie ebenfalls betroffen. Sie erhalten Sozialgeld, ermittelt nach den Regelsätzen der Erwachsenen. Das Kindergeld wird ihnen auf ihr Sozialgeld angerechnet, so dass sie im Grunde kein Kindergeld erhalten. Sie sind der Stigmatisierung als Hartz IV Bezieher ausgesetzt. Und es gibt genügend Untersuchungen, die belegen, dass Kinder aus armen Familien geringere Bildungschancen als andere Kinder haben.

Hartz IV existiert jetzt im 13. Jahr. Festgeschrieben ist es im Sozialgesetzbuch II, ein Gesetz, von dem Erwerbslosenverbände zu Recht sagen: es gibt kein Gesetz, das sich derart im rechtsfreien Raum bewegt wie Hartz IV. Es wird massiv gegen Persönlichkeitsrechte verstoßen: Offenlegung der Bankauszüge, Ortsanwesenheit, Zwang zur Aufnahme von Arbeit....

In der Öffentlichkeit wurde durch die Medien in regelmäßigen Abständen mit Hetze auf Langzeitarbeitslose reagiert. Grundtenor: wer arbeiten will, findet Arbeit. Die Spaltung in der Gesellschaft in „Leistungsträger“ und „Verlierer“ wurde systematisch vorangetrieben. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass Armut in Deutschland immer wieder als selbstverschuldet oder nicht so gravierend wahrgenommen wurde und wird! Einzig beim Thema Kinderarmut gibt es Empathie, wobei Kinderarmut und Elternarmut untrennbar miteinander verbunden sind.

Ist das nun Zufall? Um nach einer Antwort zu suchen, muss man etliche Jahre vor Einführung der Hartz Gesetze zurück gehen.

In den 70iger Jahren zeichnete sich ab, dass die Nachkriegskonjunktur ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die Monopole mussten gegensteuern: vor allem mit Rationalisierung auf neuer technischer Grundlage (*Automation und Elektronik - Druckindustrie*), was in den Folgejahren zum massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit führte.

1970 gab es in der Industrie 149 000 Arbeitslose – 1983 dann bereits 2 285 000 Arbeitslose (*zur offiziellen Statistik dazurechnen muss man wie heute auch die nicht registrierten Arbeitslosen, die das Wirtschaftsinstitut DIW 1983 mit einer Zahl von 1,2 Millionen angab*)

Mit der aufkommenden Weltwirtschaftskrise setzte das Kapital verstärkt auf die Liberalisierung der Märkte, - auf die Senkung der Arbeitskosten bzw. der Löhne und Gehälter, - auf die Senkung der Unternehmenssteuern und - den Rückbau des Sozialstaats verbunden mit einer fortschreitenden Privatisierung der staatlichen und öffentlichen Aufgaben.

Im September 1982 verfasste der damalige FDP Wirtschaftsminister Lambsdorff ein *Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, eine Art Handlungskatalog: „zeitliche Begrenzung

des Bezugs von Arbeitslosengeld auf 12 Monate – Beschränkung der Rentenhöhe – Eigenbeteiligung im Gesundheitswesen“.

1998 verkündigte der damalige BDI-Chef Hans-Olaf Henke in seiner Schrift: „Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik“ (*Berlin, 1998, S.25 ff*), dass „Eigenverantwortung“ und „Wettbewerbsfähigkeiten“ zu Grundlagen einer umfassenden Modernisierung aller Bereiche des Gemeinwesens werden müssen – Heute müssen wir die Sozialpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten renovieren.“

Im Jahr 2000 trafen sich die Regierungschefs der Europäischen Union in Lissabon und legten für 2010 als Ziel fest: bis dahin sollte die EU der „wettbewerbsfähigste, dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt“ sein.

2002 wurde die Regierung aus SPD und Bündnis/die Grünen gewählt.

In seiner Regierungserklärung und der Verkündung der Agenda 2010 am 14.3.2003 versprach Gerhard Schröder die Halbierung der Arbeitslosigkeit (*von 4 Millionen*) mit so genannten „Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“

Die Auswirkungen dieser neoliberalen Ausrichtung: „Eigenverantwortung und Eigenleistung“ sind heute mehr denn je aktuell, z.B. beim Thema des Gesundheitswesens.

Peer Steinbrück (damals noch Ministerpräsident von NRW, später Bundesfinanzminister) lobte Schröders Agenda 2010 in einem Interview in der Zeit 13.11.2003: „Soziale Gerechtigkeit muss zukünftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun, die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich die Politik kümmern.“

Die Vordenker haben die Voraussetzungen geschaffen, jetzt musste das Ganze nur noch in Gesetze gegossen werden.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit waren die Diskussionen und Festlegungen zur Umsetzung der Vorhaben in vollem Gange.

Anfang 2002 traf sich unter Leitung des Arbeitsministeriums bereits eine erste Expertengruppe bestehend aus Regierungsmitgliedern von Bund und Ländern, Wirtschaftsvertretern und Gewerkschaften in den Räumen der Bertelsmann-Stiftung. Sie sprach sich für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sowie für eine Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien bei der Aufnahme von Arbeit aus.

Kurz darauf wurde die maßgebliche Kommission eingesetzt unter der Führung von Peter Hartz (zu dem Zeitpunkt Personalvorstand und Mitglied des Vorstands der Volkswagen AG). Die Kommission setzte sich zusammen aus 15 Mitgliedern: zwei Gewerkschaftsvertretern aus IGM und ver.di, einem Arbeitgebervertreter, zwei Sozialwissenschaftlern, zwei SPD-Politikern, einem Vertreter des Arbeitsministeriums – und **sieben Mitgliedern aus der Wirtschaft**: hauptsächlich aus Wirtschaftskonzernen und Management-Beratungen. Da saßen u.a. Vorstände von VW, der DaimlerCrysler Services und Deutschen Bahn AG, der Deutschen Bank

und der BASF AG sowie Roland Berger und Mc Kinsey am Tisch. Hinzu kommt, dass Unternehmensverbände, konzern- bzw. wirtschaftsnahe Stiftungen (maßgeblich die Bertelsmann-Stiftung) und deren PR-Netzwerke die Vorschläge und Vorlagen für die Beratungen der Kommission ausgearbeitet haben.

Zwischen 2003 und 2005 traten alle Hartz Gesetze in Kraft.

Das Kapital hatte seine Ziele erreicht: Die Verbilligung der Arbeit durch Ausdehnung der Leiharbeit, Schaffung von Mini- Jobs, Ein Euro Jobs, also prekärer Beschäftigung. Den Belegschaften konnten verstärkt Einbußen auferlegt werden – durch das Druckmittel, den Arbeitsplatz zu verlieren und schlechter bezahlte Arbeit annehmen zu müssen (z.B. über Leiharbeit) oder womöglich in Hartz IV zu fallen.

Den Erwerbslosen konnte mit Regelsätzen am Rande des Existenzminimums und Disziplinarmaßnahmen jede Art von Job aufgezwungen werden. Kapital- und Gewinnsteuern wurden gesenkt.

Gerhard Schröder erklärte auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos am 28. Januar 2005: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“

Man kann zusammenfassend sagen, dass Hartz IV der wesentliche Schrittmacher der Armutsentwicklung in Deutschland ist.

Angesichts der kommenden Entwicklung mit Digitalisierung und dem Projekt 4.0 kann man davon ausgehen, dass eine neue Welle der Vernichtung von Arbeitsplätzen auf uns zu kommt. Durch die fortgeschrittene Privatisierung des ganzen öffentlichen Lebens, wo im Gesundheits- und Bildungswesen die Maximierung des Profits zählt und nicht das Wohl der Bevölkerung, werden schlecht bezahlte Arbeitsplätze und Rationalisierung weiter zunehmen.

Unter allen Regierungen – bis heute wurde an Hartz IV nicht gerüttelt. In so vielen Fällen, - nicht zuletzt am Beispiel Stuttgart 21 – erleben wir, dass Politiker aller in den Regierungen vertretenen Parteien willige Helfer der Kapitalinteressen sind... oder soll man nicht besser sagen: die Umsetzer des Kapitalinteressen!

Und nun die neue Debatte bei der SPD: nicht zuletzt ausgelöst durch die provozierenden Äußerungen von Jens Spahn, „mit Hartz IV lässt es sich ganz gut leben“. Das hat Empörung hervorgerufen und die SPD musste darauf reagieren.

Zunächst erweckten Medien teilweise den Eindruck, die SPD würde Hartz IV abschaffen. Gemeint war der Vorschlag des Berliner OB Michael Müller, Hartz IV zu ersetzen durch ein „solidarisches Grundeinkommen“. Nach Müllers Vorstellung, soll dieses gebunden sein an die Aufnahme einer Beschäftigung, alle anderen Erwerbslosen sollen dagegen in Hartz IV bleiben. Nach Müllers Modell soll die Arbeit in „Bereichen, die unserer Gemeinschaft zugute kommen“ stattfinden und mit 1.500 Euro brutto vergütet werden. Die Arbeit soll versteuert werden. Also ein Modell, das allenfalls den Mindestlohn abdeckt und den Beschäftigten letztlich wieder ans Jobcenter mit Aufstockung binden würde.

Der neue Arbeitsminister Hubertus Heil schlägt ein Konzept für „gemeinnützige Arbeit im öffentlichen Sektor“ vor. Die jahrelange Praxis mit den Ein Euro Jobs liegt bereits vor. Ein Markt für Armutsindustrie war die Folge.

Der Wirtschaftsweisen Hans-Werner Sinn (Jahrelanger Berater der Bundesregierungen) wurde gefragt, warum er den Vorstoß der SPD unterstützt. Seine Antwort: „Mit einem solidarischen Grundeinkommen, das ja im Grunde kaum etwas anderes ist als die Ein-Euro-Jobs, nur dass man jetzt von Zwei-bis-Drei-Euro-Jobs reden müsste, wird Sozialprodukt erzeugt. Menschen tun etwas, was sonst nicht getan würde, etwa in Berlin die Straßen schneller vom Schnee zu befreien. Solche kommunalen Jobs sind gut für den Staat wie die Betroffenen. Viele Leute können sich damit nicht mehr auf Hartz IV ausruhen. Sie können zur Abwehr einer Kürzung des Regelsatzes nicht mehr behaupten, ihnen würde keine zumutbare Arbeit angeboten. Zudem haben sie auch keine Zeit mehr für Schwarzarbeit.“
(Augsburger Allgemeine Zeitung vom 9. April 2018)

Letztlich beruft sich aber die GroKo auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag. Vier Milliarden Euro sollen eingesetzt werden, um 150.000 Langzeitarbeitslose in einen „sozialen Arbeitsmarkt“ zu bringen. Laut BA-Statistik waren aber im März 2018 mehr als 1,2 Millionen länger als ein Jahr ohne Job (also langzeitarbeitslos). (*In der Öffentlichkeit wird aber die Zahl von ca. 860.000 genannt, die anderen sind in Qualifizierungsmaßnahmen oder Weiterbildung und tauchen deshalb nicht in der Statistik auf*).

Entsprechend hat Wirtschaftsminister Olaf Scholz alle Erwartungen gedämpft, Hartz IV wird nicht abgeschafft.

Und auch die neu gewählte SPD Vorsitzende Andrea Nahles stellte letzten Sonntag auf dem SPD Parteitag klar: Wer Hartz IV abschaffen wolle, habe damit keine einzige Frage beantwortet.

Andrea Nahles wird für ihren Pragmatismus in den Medien gelobt. Am Kurs, dem Kapital die Instrumente an die Hand zu geben, um marktbeherrschend agieren zu können, wird festgehalten.

Daran wird deutlich, dass Hartz IV ein wichtiges Instrument für das Kapital ist. Es verschafft billige Arbeit, - es spaltet die Belegschaften in Stammarbeiter und Leiharbeiter - es macht denen Angst, die noch in Arbeit sind, - es hält prekär Beschäftigte und Erwerbslose in Armut. Letztlich soll es dazu dienen Kämpfe in den Betrieben oder zivile Proteste auf der Straße nieder zu halten.

Hartz IV richtet sich gegen die ganze Bevölkerung. (ausgenommen die Reichen)

In den Erwerbslosengruppen wird immer wieder diskutiert, warum geht kein Aufschrei durchs Land bei so viel Unrecht. Warum kein Widerstand?
Von Armut betroffene Menschen schaffen das alleine nicht – und diejenigen, die sich zu denen zählen, denen es noch gut geht? Haben sie Angst vor dem Absturz?

Ermutigend ist doch, dass es in Stuttgart viel öffentliches Interesse und Aktivitäten gegen Luftverschmutzung, Zerstörung der Natur und für eine lebenswerte Stadt für Alle gibt.

Dazu gehört aber auch der Widerstand gegen eine Rathauspolitik, die Armut höchstens verwaltet, die Wohlfahrtsverbände und kirchliche Einrichtungen lobt –

z.B., OB Kuhn bei seinem Besuch in der Vesperkirche: Da sehe man, was Stuttgart stark mache, das sei das Netz unterhalb dieser Transferleistungen. Wörtlich: „Da sind wir eine starke Stadt, und da gehören die Vesperkirche und die Tafelläden auch dazu“.

Eine Rathauspolitik, die vor allem auf Ehrenamt setzt, z.B. in der Flüchtlingsarbeit. Es geht nicht darum, den Einsatz von Bürgern zu schmälern, sondern darum, dass es eine Menge öffentliche Aufgaben gibt, die gut bezahlte Arbeit sein sollten.

Wir können in Stuttgart natürlich nicht die Erhöhung der Regelsätze bis hin zur Abschaffung der Hartz-Gesetze durchsetzen – darauf verweisen auch gerne die Lokalpolitiker: das sei Sache des Bundes – Stimmt! Aber auf dem Weg dahin könnten wir Verbesserungen auf kommunaler Ebene durchsetzen – Vorschläge gibt es genügend.

Aber was wir vor allen Dingen machen können, **ein Bewusstsein in unserer Stadt vergrößern: dass Armut und Hartz IV uns alle angeht und die ökologische Frage untrennbar mit der sozialen Frage verbunden ist.**

26.4.2018

Veranstaltung SÖS

„Armut – politisch gewollt?!“